

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 30

Köln, den 24. Juli 1931

32. Jahrg.

Zur Rationalisierungsfrage.

Rationalisierung als Begriff ist gar nicht so neu, als das angesichts des Fremdwortes auf den ersten Blick scheinen will. Bevor das Wort erfunden war, hat man schon Überlegungen angestellt, wie mit Hilfe der Technik und Organisation die Betriebe und Unternehmungen kräftesparend und doch leistungsfähiger zu gestalten seien. Die Anwendung rationaler Methoden ist früher zwar weniger überflüssig und vorsichtiger erfolgt. Aber daß sie erfolgt ist, beweist die industrielle Entwicklung nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt. Tempo und Ausmaß unterscheiden in der Hauptsache die heutige von der früheren Zeit.

Tempo und Ausmaß der Rationalisierung haben Wirkungen gezeigt, die nach mancher Richtung hin unerfreulich und bedenklich sind. Die Freisetzung von Arbeitskräften ist mit die unangenehmste Seite der Angelegenheit. Die Auseinandersetzungen um das Rationalisierungsproblem haben sich im Augenblick bei uns bereits zu sehr heftigen gegenseitigen Vorwürfen verdichtet. Dem Unternehmer wird mangelnder Weitblick, falsche Handhabung, Rücksichtslosigkeit und als Motiv Profitgier vorgeworfen. Die Unternehmer behaupten, daß sie zu ihrem Vorgehen durch die Gewerkschaften veranlaßt und gezwungen seien. Die „Schuldfrage“ ist also aufgerollt und die Diskussion wird so bald nicht verstummen. Aus dem Gesichtswinkel der „Schuldfrage“ heraus aber wird die Aussprache unfruchtbar bleiben müssen, und es ist zu wünschen, daß sie bald aus diesem unerfreulichen Stadium herauskommt.

An einer maß- und sinnvollen Rationalisierung sind wir als Arbeiter stärkstens interessiert. Sinnvoll ist die Rationalisierung dann, wenn Mode oder Laune als Beweggründe ausscheiden und eine Steigerung der Produktivität der Wirtschaft das Ziel ist. Maßvoll, wenn die anzuwendenden Methoden gebührende Rücksicht nehmen auf Lebensbedingungen der Volksgesamtheit im allgemeinen und der Arbeiterschaft im besonderen. An einer Steigerung der Produktivität der Wirtschaft haben wir als Arbeiter das größte Interesse, da in der Hauptsache nur auf diesem Wege eine dauernde Verbesserung unseres Lebensstandards erreicht werden kann. Bezeichnend ist, daß neuerdings auch die britische Arbeiterschaft die Rationalisierung der englischen Wirtschaft fordert, weil ein Zurückbleiben die Verdrängung vom Weltmarkt bedeute.

Aber die Verhältnisse in Deutschland äußert sich Professor Brauer im „Zentralblatt“ vom 1. Juni, wo auch in sehr interessanter Weise die Aufgabe des Technikers bezüglich der Rationalisierung beleuchtet wird:

Rationalisierung in jeder Beziehung erwies sich in dem Augenblick als unumgänglich notwendig, als in Deutschland allgemein erkannt wurde, daß unser Wirtschaftsapparat infolge der verhüllenden Schleier der Inflation außerordentlich weit hinter den Wirtschaften unserer Konkurrenten auf dem Weltmarkt in seiner Entwicklung zurückgeblieben sei. Daher galt es allgemein als selbstverständlich, daß alles aufgeboten werden müsse, um sobald als möglich diese Scharte auszuweken. Es ist dabei insbesondere von dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika ausgegangen worden. Auch die Arbeiterschaft hat ihrerseits auf diese amerikanischen Beispiele immer wieder als hervorragende Antriebskraft hingewiesen. Dennoch ist schon gleich zu Beginn aus unseren Kreisen auf die Wesensunterschiede hingewiesen worden, die sich bei einem Vergleich unserer Verhältnisse mit den amerikanischen notwendigerweise ergeben müßten. Ich darf in dieser Hinsicht auf einen Artikel hinweisen, den ich in der „Deutschen Arbeit“ zu damaliger Zeit veröffentlicht habe und in dem ich vor der jslawischen Nachahmung dieses amerika-

nischen Beispiels ausdrücklich warnte. Der große Unterschied, soweit die Wirtschaft und ihr Apparat diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans in Betracht kommen, liegt darin, daß Amerika bei seiner Rationalisierung von einem Mangel an Arbeitskräften hatte ausgehen müssen, während bei uns geradezu Überfluß an Arbeitskräften besteht. Mit erhöhtem Nachdruck wurde jedoch der kulturellen Verschiedenheiten gedacht und davor gewarnt, unser Volk in den Bann jener Mechanisierung hineinzuziehen zu lassen, die das gesamte Leben unter Zwangsläufigkeiten stellen müßte und damit geradezu die abendländische Kultur gefährde. Tatsache ist nun aber, daß die Unternehmer bzw. die Wirtschaftsführer ihrerseits den Unterschied zwischen hüten und drüben nicht, bzw. zu gering geachtet haben. Das hängt mit Überlegungen zusammen, die möglicherweise gar nicht aus ihrem eigenen Kreis hervorgegangen sind, nämlich mit Überlegungen von der technischen Seite her. Die Einstellung des Technikers ist in der Regel diejenige, daß er geradezu wünscht, es möchten ihm Aufgaben gestellt werden, die er durchzuführen habe. Namentlich im Umgang mit wissenschaftlichen Technikern kann man auf diese Auffassung immer wieder stoßen. Der moderne Techniker geht nun von einer Gesamtüberlegung aus, die für unseren Zusammenhang hier von der größten Bedeutung ist. Er sieht als Aufgabe vor sich, daß er den Arbeitsprozeß möglichst restlos mechanisiere, d. h. möglichst bis zum letzten Punkt den Gang des Apparates von allem zu befreien habe, was menschliche Willkür an Störungen herbeiführe. Deswegen finden wir die tatsächliche Entwicklung dahingehend, daß durch immer weitergreifende Mittel die Gestaltung des Arbeitsprozesses von dem Willen des arbeitenden Menschen unabhängig gemacht wird. Die Mechanisierung ist Aufteilung des Arbeitsganges in möglichst weitgehende Teilarbeit und Übernahme der Einzelstücke dieser Teilarbeit in möglichst vollkommener Weise durch einen Mechanismus, von dem man immerfort gleichmäßige Leistungen erwarten kann. Deswegen kamen wir von der Einzelmaschine immer mehr zum zusammenhängenden Maschinenystem, bei dem der eine Teil des Mechanismus den anderen treibt und sich so ein Ineinanderspielen der verschiedenen mechanisierten Teile ergibt, welches die Beteiligung der menschlichen Arbeit fast restlos ausschließt — nämlich bis auf jenen Rest, der dadurch gegeben ist, daß irgendwie natürlich ein erster Hebel durch menschliche Hand in Bewegung gesetzt werden muß und daß durch menschliche Aufsicht darüber gewacht wird, daß nicht durch irgendwelche Zufälligkeiten irgendeine Störung im Gang des zusammenhängenden Prozesses, der sich zwischen den Maschinen abspielt, ergibt. Also noch einmal: Der Techniker sucht aus seinem „technischen Gewissen“ heraus den menschlichen Einfluß, d. h. aber den Einfluß des arbeitenden Menschen, so weitgehend wie möglich aus dem Prozeß auszuschalten. Denn solange der Mensch mitwirkt, solange sind Störungen zu gewärtigen, die sich aus jenem Mangel an Gleichmäßigkeit ergeben, durch den sich der Mensch als Arbeiter unvorteilhaft von dem Arbeitsmittel unterscheidet.

Das ist die technische Seite der Sache. Diese technische Seite aber hängt ihrerseits wiederum mit einer grundlegenden wirtschaftlichen Überlegung zusammen. Die wirtschaftliche Überlegung hat verschiedene Seiten. Erstens besagt sie, daß, je weiter die Teilarbeit getrieben wird, in um so größerem Umfange der Besitzer der Produktionsmittel nicht nur über die Einzelarbeitskraft der einzelnen arbeitenden Menschen verfügt, sondern zugleich über das, was sich als Neues aus der Zusammenarbeit ergibt, nämlich über die Massenarbeitskraft. Darauf beruht die ganze Konzentration der modernen

Betriebe und des neuzeitlichen Produktions- und Arbeitsprozesses überhaupt. Je konzentrierter alles in Teilarbeit zusammengefaßt werden kann, d. h. aber je kapitalintensiver ein Betrieb ist, um so größer ist das aus der Gesamtbeteiligung zu erwartende Ergebnis. Daher hat der Techniker nicht bloß die ihn in erster Linie von der Technik her fesselnde Aufgabe, den Arbeitsprozeß durch Ausschaltung menschlicher Willkür möglichst gleichmäßig und unbedingt zuverlässig zu gestalten, sondern zugleich die Teilarbeit wirtschaftlich so ergiebig wie möglich zu machen, und zwar dadurch, daß das Höchstmögliche von zuverlässiger Zusammenarbeit auf möglichst geringem Raum gewährleistet ist. Zwei weitere wirtschaftliche Gesichtspunkte sind, daß die durch die Maschine intensiver gestaltete Menschenarbeit an sich wirtschaftlich wertvoller ist, und daß die Kostenrechnung insgesamt unkomplizierter wird.

Von diesen verschiedenen Seiten her ist es verständlich, daß die neueste Periode der Rationalisierung so aussehen mußte, wie sie tatsächlich aussieht, daß nämlich diese Rationalisierung zugleich stärkste technische Rationalisierung und Betriebskonzentration gewesen ist. Wir überlassen es jedem Leser, von hier aus die „Schuldfrage“ für sich selber zu beantworten.

Nachdem Prof. Brauer auf die Wirkungen der Rationalisierung hingewiesen hat, kommt er zu folgender Feststellung, die unsere immer wieder geäußerte Meinung glücklich formuliert:

„Man kann die Wirtschaft nicht bloß vom Arbeitsmittel her betrachten, sondern muß sie in erster Linie vom Menschen her sehen. Produktivität ist, trotz allem, was gesagt wird, nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit dem, was unter privaten Gesichtspunkten als Rentabilität angesehen wird. Produktivität aber ist der Gesichtspunkt, von dem allein die Gesamtwirtschaft geleitet werden kann. Don ihr aus wird sich sehr viel leichter die Beziehung zur Rentabilität herleiten lassen, wie umgekehrt von der Rentabilität zur Produktivität hin.“

Technik und Arbeitslosigkeit.

Bei dem Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit spielt auch der produktionstechnische Fortschritt eine bedeutende Rolle. Mit Hilfe von Maschinen und technischen Hilfsmitteln aller Art wird heute erheblich mehr geleistet als in der Vorkriegszeit. Die Maschine, deren Erfindung eine gewaltige Umwälzung in der Warenerzeugung hervorrief, ist ein wichtiger technischer Bestandteil im Produktionsprozeß geworden, und die Leistung des einzelnen Arbeiters hat sich wesentlich erhöht. Durch Erfindungen und technische Neuerungen aller Art wird die Arbeitskraft in immer höherem Maß ausgenutzt.

In den letzten Jahren ist nun die Leistungssteigerung ganz besonders deutlich in Erscheinung getreten, und der Anteil des einzelnen Beschäftigten ist an der Warenerzeugung heute wesentlich höher als vor einigen Jahren. Seit dem Jahre 1924 hat sich die deutsche industrielle Produktion sehr erheblich vermehrt. Es kommt dies sowohl in einer Steigerung der Ausfuhr um sechs Milliarden wie in verbesserter inländischer Konsumversorgung und Auffüllung der Warenlager zum Ausdruck. Die Produktionssteigerung ist mit einer Beschäftigtenzahl erreicht worden, die nicht so groß ist als die vor sechs Jahren, da heute eine bedeutend größere Zahl von Erwerbstätigen aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet ist. Man muß hieraus den Schluß ziehen, daß der auf den einzelnen Beschäftigten entfallende Produktionsanteil größer geworden ist.

Nach Untersuchungen des Professors Hermburg soll sich durch den Geburtenausfall während des Krieges der Zugang an Arbeitskräften in den nächsten Jahren erheblich verringern. Während in der Vorkriegszeit der Bevölkerungszuwachs dem deutschen Arbeitsmarkt jährlich etwa 400 000 Arbeitskräfte neu zuführte, betrug 1930 der Zugang nur 15 000. In den folgenden Jahren wird nicht mit einer Zunahme, sondern mit einem Rückgang um 100 000 zu rechnen sein, von 1934 ab wird wieder eine Zunahme eintreten. Selbst wenn diese Berechnung richtig ist, kann davon eine wesentliche Erleichterung des Arbeitsmarktes nicht erwartet werden.

Es wäre aber falsch, die Tragödie des Arbeitsmarktes allein auf die Maschine abwälzen zu wollen und nach dem Vorüber der Weber zu Anfang des 19. Jahrhunderts alles Unglück in der Maschine zu erblicken. Uns fehlt die Organisation des Arbeitsmarktes, die Ausgleichung zwischen Produktion und Verbrauch. Der englische Schatzkanzler Philipp Snowden hat in einem Aufsatz „Wissenschaft und Industrievidualität“ zu der Frage Stellung genommen. Er weist darauf hin, daß seit Mitte des vorigen Jahrhunderts die Leistung

„Es ist an der Zeit,“ so sagt Prof. Brauer zum Schluß, „daß die Unternehmer- und Arbeiterverbände sich darüber klar werden, daß es hier weder um Lohnpolitik noch um Sozialpolitik noch auch um die Kostenfrage im engeren Sinne des Wortes geht. Es geht hier vielmehr um die Gewerbepolitik überhaupt. Das Durcheinander, das heute die Rationalisierung in ihren Ergebnissen bietet, muß unter allen Umständen hinweggeschafft werden. Wir kämpfen in diesem Augenblick alle um unsere nackte Existenz. Da kann es nicht auf Vorwürfe und Kritik allein ankommen. Die Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, daß es in diesem Stadium der Entwicklung mehr als je der von entschlossener Initiative getragenen Unternehmerpersönlichkeit bedarf. Die Unternehmerschaft aber muß heraus aus der allzu großen Verliebtheit in die Rente und ihre Sicherung. Sie hat die schwere Verantwortung, mitzuwirken, daß nicht durch ein weiteres Verfolgen von Irrwegen die Arbeitskraft als solche überhaupt aufs Spiel gesetzt wird. An sich ist die Rationalisierung nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit Dequalifizierung der Arbeitskraft. Es können sogar für manche Sparten neue, größere, verantwortungsreichere Posten aus der Rationalisierung erwachsen. Andererseits müssen diejenigen Arbeitskräfte, denen die Gefahr der Degradierung unter das Werkzeug droht, vor einem solchen völligen Verfall irgendwie bewahrt bleiben. Sie müssen „wendig“ gemacht werden, um in verschiedenster Weise brauchbar zu sein. „Wendig“ müssen jedoch auch die Unternehmer sein, wenn die deutsche Wirtschaft nicht im kritischen Punkte in sich zusammenbrechen soll.“

Im Anschluß an diese Darlegungen veröffentlichen wir in dieser Nummer Abhandlungen verschiedener Autoren zum Problem der Rationalisierung und empfehlen dieselben zum kritischen Studium. Nur wenn wir uns ernst und sachlich mit der Materie beschäftigen, werden wir den Aufgaben, die uns bei der Lösung dieser Fragen zufallen, gerecht und können dann mit Erfolg den Versuch wagen, die Entwicklung in unserem Sinne zu beeinflussen.

eines Arbeiters in verschiedenen Industrien um das Fünfhundertfache gestiegen sei. Eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit sei aber nicht eingetreten. Die Leistungsfähigkeit des amerikanischen Arbeiters habe sich in den letzten 30 Jahren infolge technischer Verbesserungen der Maschinen, neuer betriebswissenschaftlicher Methoden und anderer Ursachen um 50 Prozent erhöht. Dabei seien die Maschinen bei weitem nicht bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt. Trotz dieser Fortschritte der Wissenschaft und Technik zeige sich, daß das Leben des einzelnen Menschen sich nicht entsprechend gebessert habe. Die Ursache dieses Zustandes erblickt Snowden darin, daß der gesteigerten Produktionsfähigkeit nur ungenügende Absatzmöglichkeiten gegenüberstehen, die Entdeckungen der Gelehrten und Techniker im Verhältnis zur Aufnahme- und Anpassungsfähigkeit der Welt ein zu schnelles Tempo aufweisen, weshalb er eine Verlangsamung des Tempos empfiehlt. Im anderen Falle müsse das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage weiter zunehmen und eine immer höher steigende Arbeitslosigkeit verursachen.

Es ist dies aber kein Grund, sich gegen das Maschinensystem zu wenden. Die Maschine soll dem Arbeiter das Arbeiten erleichtern, der Fortschritt der Technik soll in den Dienst der Menschheit gestellt werden, und schließlich bedeutet die Höherentwicklung der Technik eine Steigerung des Kultur-niveaus. Als das laufende Band eingeführt wurde, sagte man, daß dadurch die Entseelung der Arbeit eintreten müsse. Diese war auch schon vorher da, denn die durch den Fortschritt der Technik bedingte Produktionsmethode bedingt es, daß die Arbeit entfremdet wird. Worauf es ankommt, ist, den der Lage entsprechenden Schluß aus der Rationalisierung zu ziehen. Die Maschine ist nicht der Brotwegnehmer, wenn die Arbeitszeit dem erreichten Produktionsstand entsprechend verkürzt wird.

Auf die Maschine kann in dem fortgeschrittenen Produktionsprozeß nicht verzichtet werden, schon aus Konkurrenzgründen nicht, denn die Maschine beschleunigt nicht nur die Warenherstellung, sondern verbilligt sie auch. Hiermit hängt ferner auch die Tatsache zusammen, daß der Wohlstand eines Volkes dort am höchsten ist, wo die Maschine ihre stärkste Verbreitung gefunden hat. So beziffert sich nach einer Statistik der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure der Maschinenverbrauch in Rußland auf 4,30 RM pro Kopf der Bevölkerung, in Deutschland steigt diese Zahl auf 36 RM, und in den Vereinigten Staaten sogar auf 94 RM. Mit der Zunahme

der Maschine wächst der Verbrauch, aber auch die Zahl der Arbeiter steigt, die zur Herstellung neuer Maschinen, zur Bedienung fertigestellter und schließlich auch zur Umarbeitung oder Vernichtung unbrauchbarer Maschinen erforderlich ist. So nimmt zwar die Maschine dem Arbeiter auf der einen Seite die Arbeit ab, gibt sie ihm aber auf der anderen Seite wieder. Was erforderlich ist, ist die Umstellung, die Berufsumgruppierung, die Anpassung an die besonderen Erfordernisse des Umgestaltungsprozesses. Daß die Maschine die Verelendung der Massen bringt, ist falsch. Man vergißt dabei, daß die Maschine ungeheure Werte schafft, die auch dem Arbeiter zugute kommen. Wenn diese knapp bemessen sind, ist die Aufbesserung eine Frage des sozialen Kampfes, der um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter geführt wird.

Die Lösung des Problems liegt also nicht darin, daß man sich gegen die Maschine wendet, sondern in der Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend des erreichten Produktionsstandes. Durch lange Arbeitszeiten werden Arbeiter aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet,

was verhütet werden muß. Wenn vor 50 und 60 Jahren sich noch die 10- und 12stündige Arbeitszeit rechtfertigen ließ, so auf Grund des damals erreichten technischen Fortschritts, heute hat die Technik einen bedeutend höheren Stand erreicht, und die Produktion ist infolgedessen erheblich gestiegen. Gleichzeitig ist aber auch jeder Arbeiter ein größerer Konsument, solange er in Arbeit steht, denn er verbraucht mehr, wenn er verdient, er wird der Gesellschaft in doppeltem Sinne nützlich, während der Arbeitslose nicht nur nichts produziert, sondern auch wenig konsumiert, und außerdem von dem produzierten Teil unterhalten werden muß. Wenn die Gewerkschaften die Verkürzung der Arbeitszeit fordern, so tragen sie damit nicht nur dem erreichten Produktionsstand Rechnung, sondern vertreten damit eine der ganzen Arbeiterschaft zugute kommende Forderung. Darüber hinaus ist es auch eine im Interesse der Allgemeinheit liegende volkswirtschaftliche Notwendigkeit, die hier als Maßnahme verlangt wird.

E. H.

Technische Fortschritte und ihre Auswirkungen im Holzgewerbe.

Wir haben uns daran gewöhnt, alles, was menschliche Arbeit erleichtert, verbessert, beschleunigt und verbilligt, als technischen Fortschritt anzusehen. Erst neuerdings sind wir in der Beurteilung dieser Dinge skeptischer geworden, weil wir feststellen mußten, daß alle technischen Fortschritte es nicht vermocht haben, die seelische Verfassung des Einzelmenschen zu heben, noch die Wohlfahrt der Gesamtheit zu fördern. Wir sehen uns heute einem Massenelend gegenüber, das in einer Arbeitslosigkeit von gigantischem Ausmaß seinen sichtbaren und fühlbaren Ausdruck findet.

Nun ist es allerdings eine andere Frage, ob diese traurigen Zeitererscheinungen in den technischen Errungenschaften an sich, wenn nicht eine ausschließliche, so doch eine Teilursache haben, oder ob das Unheil nicht vielmehr von einer mißbräuchlichen Benützung und einer verkehrten Auswertung dieser Errungenschaften ausgeht.

Bevor wir auf diese Fragen näher eingehen, erscheint es angebracht, den technischen Fortschritt in unserem Beruf, dem Holzgewerbe, einer kurzen Betrachtung zu unterziehen.

Unser Werkstoff, das Holz, tritt uns ursprünglich in der Form des stehenden Baumes gegenüber, der, um ihn nutzbar zu machen, zunächst gefällt werden muß. Dazu bediente man sich seit Jahrhunderten der Axt. In waldreichen Gegenden gab und gibt es noch heute berufsmäßige Holzfäller, die ihren schweren aber gesunden Beruf mit erstaunlichem Geschick ausüben. Der Schweizer Maler Hodler hat die markige und sehnige Gestalt des Holzfällers, sein erd- und naturgebundenes Wesen in einem bekannten und berühmten Bilde eindringlich dargestellt. Heute wird auch das Holzfällen zum Teil schon mit der Maschine, mit einem transportablen elektrisch angetriebenen Apparat ausgeführt, an dem eine sägende Kette wirksam ist.

Als Rundholz kommt der gefällte und abgelängte Stamm sehr selten zur Verwendung. Fast immer bedarf er der weiteren Bearbeitung. Um für den Zimmermann brauchbar zu sein, wurde früher allgemein und wird heute noch in vielen Gegenden Nadel- und Eichenholz beschlagen, d. h. mit dem Beil zu Balken und Kantenholzern geformt. Einen Stamm fluchtrecht, rechtwinklig und in ebenen Flächen zu beschlagen, erfordert sehr viel Geschick. Unter den Zimmerleuten findet sich noch mancher, der diese Kunst beherrscht. Sie geht aber mehr und mehr verloren, weil das gesägte Holz das beschlagene zunehmend verdrängt.

Für andere Zwecke muß der Baumstamm in handlichere Teile, in Bohlen und Brettern zerlegt werden. Dies geschah ursprünglich mit axtförmigen Werkzeugen und Keilen. Die Böttcher üben diese Technik noch heute aus, weil für ihre Zwecke gespaltenes Holz besondere Vorzüge hat. In den schwer zugänglichen Eichenwäldern Jugoslawiens z. B. werden prachtvolle Eichenstämme nach dem Fällen unmittelbar im Walde zu Faßdauben gespalten und geformt, und überwiegend nach Frankreich, Spanien und Italien verfrachtet. Das Material der Fässer, in denen französische und Südweine nach Deutschland kommen, stammt vorwiegend aus jugoslawischen Wäldern.

Im frühen Mittelalter sind jedoch auch Möbel und andere Tischlerarbeiten vielfach aus gespaltenen Bohlen hergestellt worden. Wenn man in Museen alte Truhen der romanischen und frühgotischen Stil-

epoche eingehender betrachtet, kann man dies am Faserverlauf und an der rohen Bearbeitung der verwendeten Hölzer leicht feststellen. Für die Fachleute der damaligen Zeit war die Herstellung einer ebenen, glatten Holzfläche ein außerordentlich schwieriges Stück Arbeit, weil die gebräuchlichen Werkzeuge noch sehr unvollkommen waren. Die Neigung jener Zeit, die Möbel über und über mit Schnitzwerk zu verzieren, ist nicht nur in der Schmuckfreude, sondern auch in der Unfähigkeit zur Herstellung ebener und glatter Flächen begründet.

Beim Spalten des Holzes geht naturgemäß viel Material verloren, doch hatte dieses bei dem damaligen Holzreichtum nicht viel zu bedeuten.

Nach der Axt tritt die Säge als wichtigstes Werkzeug der Holzbearbeitung in Erscheinung. Aus bildlichen Darstellungen geht hervor, daß schon die alten Ägypter Baumstämme mit Sägen von der Form eines großen Fuchschwanzes aufgetrennt haben. Die alten Griechen kannten bereits die Spannsäge in der Form eines Holzrahmens mit in der Mitte eingespanntem Sägeblatt. Auch kleinere Spannsägen mit seitlich eingespanntem Sägeblatt, wie wir sie heute noch gebrauchen, waren ihnen bekannt. Der Gebrauch dieser Werkzeuge verpflanzte sich von hier aus nach dem alten römischen Reich, nach Gallien und Germanien und darüber hinaus.

Die Rahmensäge, die von zwei Mann hin- und her- oder auf- und abgezogen wird, ist unter der Bezeichnung Klobsäge auch heute noch in abgelegenen Werkstätten zu finden. Dem Holzspalten gegenüber brachte sie einen schätzbaren Fortschritt, weil mit ihrer Hilfe Rundholz mit geringem Materialverlust aufgetrennt werden konnte, wobei sich noch der Vorteil verhältnismäßig ebener und glatter Schnittflächen ergab. Die Rundhölzer wurden auf hohe Böcke gelegt, daneben zwei Laufbretter, ein oben und ein unten stehender Arbeiter zogen die Säge auf- und abwärts. Jedenfalls waren die Holzfüger von damals eine wichtige und geschätzte Kategorie der Holzarbeiterschaft, die es in ihrer speziellen Tätigkeit zu hoher Kunstfertigkeit und Geschicklichkeit brachte.

Daß die Menschheit schon frühzeitig zum Nachdenken darüber gebracht wurde, ob diese schwere und anstrengende Tätigkeit sich nicht erleichtern ließe, braucht uns nicht Wunder zu nehmen. Und so begegnet uns die Rahmen- oder Klobsäge schon im frühen Mittelalter als Bestandteil primitiver Sägewerkmaschinen in mit Wasser- oder Windkraft betriebenen Mühlen. In ihnen tritt uns das mechanisch bewegte Werkzeug in unserm Berufe erstmalig entgegen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dieser Übergang vom Handwerkzeug zum mechanisch bewegten Werkzeug sich erstmalig in Deutschland vollzogen hat. Die Existenz einer Sägemühle dieser Art in Augsburg ist aus dem Jahre 1322 urkundlich nachweisbar. In Breslau gab es 1427, in Erfurt 1490 Sägemühlen, wie urkundlich bezeugt wird. Von Deutschland aus verbreitete sich die Vertikal-Gattersäge — so wird diese Maschine heute bezeichnet — in den übrigen europäischen Ländern. Im holzreichen Norwegen soll sie erst 1520 eingeführt worden sein, während in Schweden die erste Sägemühle erst 1653 entstand. Die ersten Vollgatter, d. h. Gattersägen mit mehreren Sägeblättern, scheinen in

Holland aufgetaucht zu sein, wo an Stelle des Wassers vielfach der Wind als Triebkraft benutzt wurde.

In England stieß die Einführung der Sägemühlen auf großen Widerstand von Seiten des Volkes, weil man besorgte, daß Zimmerleute, Holzspalter und Holzschneider dadurch in ihrer Existenz bedroht würden, und noch 1635 wurde eine von einem Holländer in der Nähe Londons erbaute Wind-Sägemühle gewaltsam niedergebrannt. Auch noch nach 1700 werden ähnliche Vorfälle aus England berichtet.

Schließlich mußte sich die Regierung den Widersachern energisch entgegenstellen, und es kam nunmehr gerade in England zu einer gewaltigen Entwicklung der mechanischen Holzbearbeitung, um so mehr, weil ingenieurmäßig ausgebildete Kräfte sich der Sache annahmen und ganz Hervorragendes leisteten. Im Jahre 1791 wurde in London die erste Holzbearbeitungsmaschinenfabrik als gemeinsames Unternehmen zweier Engländer, General Bentham und Ing. Maudslay und des durch die Revolution aus seinem Heimatlande vertriebenen französischen Ingenieur Brunel begründet. Brunel soll auch die erste Hobelmaschine erfunden haben. Dieses Unternehmen ist gewissermaßen die Mutterfabrik aller späterhin in England und auf dem Kontinent entstandenen Holzbearbeitungsmaschinenfabriken.

Merkwürdig ist, daß das erste Horizontalgatter erst 1814 von dem Franzosen Chocot erbaut wurde. Um diese Zeit herum tauchen auch die ersten Kreissägen auf. Auch die schon erwähnte englische Fabrik baute sie, und zwar mit sehr großen, aus Segmentteilen zusammengesetzten Sägeblättern. Die Erfindungskraft ist aufgebracht worden, um diese Maschinen mit immer zweckmäßigeren Bewegungs- und Zuführungsmechanismen zu versehen.

Bandsägen wurden ohne durchschlagenden Erfolg von mehreren Erfindern konstruiert, von denen der Engländer Newbery der erste gewesen sein soll.

Erst 1852 gelang es der Pariser Firma Perin eine brauchbare Bandsäge zu konstruieren, die durch die Pariser Weltausstellung 1855 allgemein bekannt wurde und schnell Verbreitung fand. Die ersten Perinschen Bandsägen hatten einen Rollendurchmesser von nur 50—60 cm. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß auf der Wiener Ausstellung im Jahre 1865 noch keine einzige deutsche oder österreichische Fabrik mit Sägemaschinen vertreten war. Heute existieren

in Deutschland allein über 800 Holzbearbeitungsmaschinenfabriken.

Im Laufe der Zeit wurden alle diese Sägemaschinen wesentlich verbessert, etwas prinzipiell Neues aber ist, von der Zylinder säge abgesehen, nicht hinzugekommen. Durch die Rationalisierungs-Propaganda wurde die Erfindertätigkeit vornehmlich auf Hochleistung eingestellt. So werden heute sogenannte Hochleistungsvollgatter gebaut, die in einer Stunde 12 km Holz schneiden. Mit Menschenkraft ist es nicht möglich, die erforderlichen Rundholzmengen heranzuführen, noch die entstehenden Schnittholzmengen beiseite zu schaffen. Es mußten auch dafür mechanische Hilfsmittel geschaffen werden, die zahlreiche Arbeiter um Lohn und Brot brachten. Die angegebene km-Zahl bedeutet eine Jahresleistung von 20 000 km. Der Gesamtbedarf an einheimischem Schnittholz ist auf rund 10 Mill. km zu beziffern, eine Holzmenge, die von 50 Sägewerken mit je 5 Hochleistungsgattern dieser Art aufgearbeitet werden kann. Im Deutschen Reich aber gibt es 12 000 Sägewerke und Schneidemühlen.

Im vorstehendem ist die Entwicklung der Hilfsmittel zu einer der wichtigsten Techniken der Holzbearbeitung, des Sägens, von den Ursprüngen bis zu den sogenannten neuesten Errungenschaften geschildert. Ähnliche Bilder ließen sich von der Entwicklung der Hilfsmittel zum Hobeln, zum Profilieren, zum Bohren und anderen Arbeitsprozessen entwickeln. Das aber würde zu weit führen. Nur auf eines sei noch hingewiesen. Bis vor etwa 15 Jahren ließ sich behaupten, daß die Holzbearbeitungsmaschinen im wesentlichen Vorarbeit leisteten und dem berufstätigen Menschen vorwiegend schwere und anstrengende Arbeit abnahmen. Darüber hinaus blieb ihm noch reichlich Gelegenheit, persönliche Tüchtigkeit in zahlreichen verschiedenen Techniken zu entfalten. Es war dies ein bevorzugter Zustand gegenüber anderen Arbeitsgebieten, beispielsweise der Weberei, auf denen die Maschine das endgültig fertige Arbeitsprodukt liefert. Auch das hat sich inzwischen geändert. Ziehklingsmaschinen, Schleifmaschinen, Schmitzmaschinen, Poliermaschinen, Spritzapparate, vielfach von ungelerten und weiblichen Arbeitskräften bedient, haben gerade den sachlich tüchtigen Arbeiter in großem Umfange ausgeschaltet. Bei der modernen Serienfabrikation bleibt für ihn fast nur noch der Zusammenbau übrig, und auch dafür werden immer neue mechanische Hilfsmittel erfunden. Man mag diese Entwicklung bedauern, sie bleibt trotzdem eine gegebene Tatsache.

Rationalisierung in der Verteilung.

Wir wissen, daß bei der sogenannten Rationalisierung durch eine zu sehr forcierte Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch die Technik sowie in Form von Umgruppierungen und Zusammenschlüssen in den letzten 10 Jahren erhebliche Fehler gemacht worden sind. Wir wenden uns aber gegen jene, die diese Fehler zum Anlaß nehmen möchten, die Rationalisierung als solche überhaupt zu verwerfen. Wir möchten es mit dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit halten, das in seinem jüngsten Bericht an einer richtig verstandenen Rationalisierung als der „Erfassung und Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Ordnung zur Hebung der Wirtschaftlichkeit bieten“, unbedingt festhält. Dieses Streben nach Wirtschaftlichkeit ist schließlich aus Wirtschaft und Technik nicht mehr wegzudenken, und seine Erfüllung in Gemeinschaftsarbeit ist bereits ein wichtiger Faktor in der gesamten Weltwirtschaft geworden. Wenn das letzte Ziel der Rationalisierung im vorgenannten Sinne Kostenverringerung, Preisenkung und damit eine Stärkung der Massenkaufkraft sein soll, so muß sie alle Gebiete der menschlichen Wirtschaft erfassen, nicht zuletzt auch die Warenverteilung, den Handel.

Da erhebt sich sofort die bedeutsame Frage, wie steht es denn nun mit den Unkosten im Handel, mit der Handelspanne, wobei von vornherein bemerkt sei, daß man diese unter keinen Umständen mit Handelsnutzen gleichstellen darf, da in ihr auch alle Unkosten des Handels enthalten sind. Nach einer sehr dankenswerten Schrift der Forschungsstelle für den Handel: „Die Handelspanne“ (von Prof. Dr. Hirsch und Brandt, Berlin 1931) wird zur Zeit die gesamte Handelspanne für den deutschen Einzelhandel bei einem Umsatz von etwa 35 Milliarden RM im Jahre 1929 auf 8 bis 9 Milliarden RM, im Großhandel bei einem Umsatz von etwa 50 Milliarden auf 3½ bis 3¼ Milliarden RM geschätzt. Der dem Handelsbetrieb verbleibende Reingewinn beträgt im Jahre 1929 für Groß- und Einzelhandel etwa 950 Millionen RM. Zum Vergleich einige andere Größenordnungen: Der Produktionswert der deutschen Land-

wirtschaft betrug 1929 etwa 14 bis 15 Milliarden RM, der Bruttoumsatz der deutschen Industrie 1929 etwa 70 Milliarden RM, der Umsatz im Verkehrswesen 1928 etwa 9 Milliarden RM. — Die Gesamtfunktion von 9 Milliarden RM verteilen sich beim Einzelhandel folgendermaßen: Arbeitskosten und Soziallasten einschließlich Unternehmerlohn 4,00, Raumkosten (Miete, Beleuchtung, Heizung, Reinigung) 1,25, Werbekosten 0,50, Steuern 0,85, Zinsen 0,75, sonstige Kosten, darunter Waren- und Kreditverluste 0,95, Reingewinn 0,70, Kosten und Reingewinn insgesamt 9,00 Mill. RM. Im Einzelhandel unterliegen die Handelsspannen großen Schwankungen. Bei Lebensmitteln z. B. muß man im Einzelhandel mit 20% rechnen, im Großhandel mit etwa 10 bis 12%. Bei Bekleidung beträgt die Handelspanne 25 bis 40% im Einzelhandel und 14 bis 17% im Großhandel. Fast allgemein werden dabei die billigen Preislagen nicht bloß absolut, sondern auch prozentual niedriger kalkuliert als die hohen.

Und nun kommen zwei andere schwerwiegende Tatsachen: der Vertrieb ist teurer als der Betrieb. Dabei haben die Vertriebskosten noch steigende Tendenz. Während bei der industriellen Produktion dank der Mechanisierung der Warenherstellung die Möglichkeit der Herabdrückung der Kosten groß und in der großen Mehrzahl der Betriebsarten eine relativ schnelle Steigerung der Leistung je Kopf der darin beschäftigten Personen festzustellen ist, kann man dergleichen im Handel nicht beobachten. Die Maschine stellt zwar Waren bei steigenden Mengen mit immer geringeren Kosten für das einzelne Stück her, die Maschine kann diese Waren aber nicht verkaufen. Während in der Industrie jede zusätzlich produzierte Ware innerhalb der gegebenen Produktionskapazität mit sinkenden Kosten erteilt wird, ist in der Verteilung die Heranziehung des letzten Kunden, also der Abjaß dieser am besten hergestellten Ware mit starken progressiven Kosten verbunden. — Wird diese Tatsache an sich schon schwer empfunden, so muß sie noch stärker sich bemerkbar machen in Krisenzeiten. Wir haben dann sinkenden Umsatz bei gleichbleibenden Kosten. Für die

Warenhäuser z. B. lassen sich dafür genaue Zahlen geben. Im Jahre 1930 ist der Umsatz der Warenhäuser wertmäßig um 6,3% zurückgegangen, die Kosten aber sind im Gesamtdurchschnitt von 23,6% im Jahre 1929 auf 24,9% des Umsatzes 1930 gestiegen.

Als Gesamtergebnis der Untersuchungen über die Gestaltung der Kosten im Groß- und Einzelhandel ist folgendes festzustellen: „Das Gros der Handels- und Verteilungskosten ist trotz der starken Wirksamkeit der neuen, zum Teil auf starke Rückschlagsenkung zielenden Betriebs- und Unternehmensformen nicht durchbrochen, es bleibt im ganzen unerlöschter.“ Die entscheidende Durchbruchsstelle durch die Verteilungskosten ist noch nicht gefunden. Wo liegen nur aber die tiefsten Ursachen von Kostenhöhe und Kostensteigerung, weshalb ist der Durchbruch praktisch so schwer zu finden? Nach Hirsch liegen die hauptsächlichsten Erschwerungen in folgenden vier Punkten:

1. Die enormen Schwankungen der Beschäftigung, die unser Handel hat — darin liegt sogar die zentrale Ursache —;
2. in der immer noch viel zu hohen Beanspruchung von Betriebskapital durch immer noch viel zu große Lagerhaltung, verschärft durch weitgehende Verschiedenheit der Käuferanforderungen an Warenart, — Qualität, — Nuance;
3. in großen Verlusten durch rein traditionelle Gruppierung der Ware, Absatzgebiete und Auftragsgrößen und
4. in der mangelnden Durcharbeitung von Einzelbetrieben und Gewerbezweigen auf Verlustquellen, auch in toten Kosten der Konkurrenz. Unter dem Drucke solcher Erschwerungen ist, falls nicht entsprechende Gegenwirkungen einsetzen, aber mit einer steigenden als einer sich senkenden Handelsspanne zu rechnen.

Worin können nun diese Gegentendenzen bestehen? Wenn die zentralen Ursachen für die Höhe der Handelskosten wesentlich in den enormen Schwankungen der Beschäftigungen liegen, so lassen sich zunächst durch Vermeidung des Leerlaufs in allen Handelsbetrieben, die auf Höchstbeschäftigung am Wochen- und Monatschluß und in den letzten Tagesstunden eingestellt sind, sich starke Kostenenkungen erzielen. Durch planmäßige Verteilung der Lohn- und sonstigen Zahlungstermine und durch Veränderung der Kaufgewohnheiten der Konsumenten lassen sich große Teile des Leerlaufs in nutzbringende Leistung verwandeln. Ein anderes Ziel ist die Vermeidung der toten Kosten der Konkurrenz, durch Vermeidung von Unwirtschaftlichkeiten in Warengruppierung, Auftragsgröße und Absatzgebiet. Durch Verringerung der ungemein hohen Kosten der Lagerhaltung, die vor der Krise auf 30 Milliarden RM in Deutschland geschätzt wird, sind weitere Kostenenkungen möglich. Ein großer Teil dieses Aufwandes entfällt durch Arbeiten mit den Herstellern; durch Gemeinschaftsarbeit kann hier viel geleistet werden. Durch stärkere Kenntnis desjenigen, was in den meist fortgeschrittenen Betrieben an Wirtschaftlichkeit bereits erreicht worden ist, lassen sich Verlustquellen beseitigen. Die Gemeinschaftsarbeit im monatlichen Betriebsvergleich stellt die einzelnen Kostenelemente fest und führt den einzelnen Betrieben und Gewerben als Ganzes die Fehlerquellen ihrer Arbeit plastisch vor Augen.

Wenn wir trotz der Fehlgriffe bei der Rationalisierung weiter die Fortführung derselben verlangen, um eine in der heutigen Krise so überaus notwendige und bedeutungsvolle Erhöhung der Kaufkraft zu erreichen, so kommt es in Zukunft vor allem darauf an, die Fehler zu vermeiden, die anerkanntermaßen in der Erzeugung gemacht worden sind: zu starke Mechanisierung und zu

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Für die Zeit vom 19. bis 25. Juli ist der 30. Wochenbeitrag fällig.

Teilzahlungen an die Hauptkasse sind regelmäßig zu leisten. Hohe Barbestände in der Zahlstelle führen leicht zu Verlusten. Die Beachtung der Geschäftsanweisungen schützt vor Nachteilen. Darum Teilzahlungen.

Unser Haus in Königswinter hat für die Ferienzeit wiederum seine gastlichen Pforten geöffnet und ladet Freunde und Bekannte unserer Bewegung, soweit ihnen die Zeit noch Reismöglichkeit gelassen, zu einem Besuch am Rhein herzlichst ein. Wer immer nach aufreibender und harter Arbeit Ruhe und Ausspannung sucht und sich für kurze Zeit den Alltagsorgen entziehen will, der komme in „Unser Haus“ nach Königswinter. Schon manches unserer Mitglieder hat hier frische Kräfte für den schweren Kampf des Tages gefunden. Das Heim bietet günstige Voraussetzungen zur Erholung: herrliche Lage im milden Klima zwischen Rhein und Siebengebirge, neuzeitliche Inneneinrichtung und Fremdenzimmer, geräumige und schattige Garten- und Parkanlagen mit Liegewiesen sowie beste und reichhaltige Verpflegung.

Die Pensionspreise sind der Zeit entsprechend ermäßigt und betragen: Doppelzimmer 4,50 RM, Einzelzimmer 5,— RM pro Tag und Person bei mindestens 7 Tagen Aufenthalt. Bei einem Aufenthalt unter 7 Tagen erhöhen sich diese Sätze um 50 Rpf pro Tag und Person; außerdem wird für Bedienung ein Aufschlag von zehn Prozent erhoben.

Auch für Tagesaufenthalte ist das Heim eine willkommene Stätte. Ist es doch in den Sommermonaten vielfach der Zielpunkt für Ausflüge unserer Ortsgruppen geworden, die nun immer gern wieder nach Königswinter kommen. Für Einzelmahlzeiten usw. sind die Preise ebenfalls der Zeit angepaßt. Wer also immer an den Rhein kommt, besuche „Unser Haus“ in Königswinter.

Die Anschrift des Heimes lautet: Unser Haus, Königswinter, Hauptstraße 56/60. Anfragen wegen Erholungsaufenthalten usw. sind unmittelbar nach Königswinter zu richten. Wegen sonstiger Auskünfte wende man sich an die Geschäftsstelle Westdeutschland des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln, Denloerwall 9.

reichliche Verwendung von Auslandskapital zu überhöhten Zinsen. Auf keinen Fall sollten im Augenblick wenigstens Maßnahmen ergriffen werden, die eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit herbeiführen könnten. Die Nachteile der Rationalisierung könnten dann größer als die Vorteile sein. Ferner hat sich der Erreichung des Zieles der Rationalisierung in den Weg gestellt die zu starke kartellmäßige Bindung in der Wirtschaft. Wenn man gleichmäßig in demselben Maße, in welchem die Rationalisierung vorgenommen wird, die Wirtschaft kartellmäßig durchorganisiert, so kann die durch die Rationalisierung herbeigeführte Verbilligung der Produktion schwerlich zur vollen Auswirkung kommen. Hier ist der Hauptpunkt vorhanden, wo zwecks Preisverbilligung in der Erzeugung kräftiger eingesetzt werden muß. E. v. B.

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit und deutsche Rationalisierungsbewegung.

Am 10. Juni 1931 konnte das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, das im Jahre 1921 vom Reichswirtschaftsministerium und vom Deutschen Verband Technisch-Wissenschaftlicher Vereine als Zentralstelle für die Wirtschaftlichkeitsbestrebungen ins Leben gerufen wurde, auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Einen wirksamen Einfluß auf die Rationalisierungsbestrebungen in Wirtschaft und Technik konnten die Arbeiten des RKW aber erst seit dem Jahre 1925/26 gewinnen, von dem ab regelmäßig Reichsmittel für diese Arbeiten zur Verfügung gestellt wurden. Auf diese letzten sechs Jahre erstreckt sich denn auch die ausführliche Übersicht, die das RKW über seine Arbeiten und deren Ergebnisse zusammen mit seinem Jahresbericht 1930 in einem stattlichen Band von mehr als 280 Seiten (Format Din A 4) vorlegt und deren Inhalt äußerst instruktiv ist. In dieser Zeit ist viel für und gegen die Rationali-

sierung gesagt und geschrieben worden. Mit vielen irrtümlichen und einseitigen Bezeichnungen (z. B. Mechanisierung, Motorisierung, Fusionierung usw.) ist die Rationalisierung zusammengeworfen worden. Für viele unerwünschte Erscheinungen, mit denen sie an und für sich gar nichts zu tun hat, soll sie neuerdings haftbar gemacht werden. Demgegenüber hält das RKW in seinem Bericht fest an einer richtig verstandenen Rationalisierung als der „Erfassung und Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Ordnung zur Hebung der Wirtschaftlichkeit bieten“. Dieses Streben nach Wirtschaftlichkeit ist schließlich aus Wirtschaft und Technik nicht mehr wegzudenken, und seine Erfüllung in Gemeinschaftsarbeit ist bereits ein wichtiger Faktor in der gesamten Weltwirtschaft geworden.

An diese Feststellungen grundsätzlicher Art schließt sich ein Über-

blick über Aufbau und Arbeitsweise des RKW an. Die zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiter aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher, der Wissenschaft und der Behörden, die sich dem RKW zur Gemeinschaftsarbeit zur Verfügung gestellt haben, bieten nach Art und Zahl einen überzeugenden Beweis dafür, daß diese Arbeit in Technik und Wirtschaft wirklich Wurzeln geschlagen hat. Da das RKW im Interesse der Sicherstellung einer völligen Objektivität ausschließlich mit Reichsmitteln arbeitet, dürften die Angaben über die MittelverSORgung eine besondere Beachtung finden. Insgesamt sind in den sechs Etatsjahren 1925/26 bis 1930/31 vom Reich 6 290 000 RM bewilligt worden. Die den arbeitenden Stellen zur Verfügung gestellten Summen belaufen sich in der gleichen Zeit auf rund 6 500 000 RM, wobei zur Verteilung und zur Befreiung der Verwaltungskosten Einnahmen aus Veröffentlichungen und Zinsen herangezogen wurden. Bei der fortgesetzten Verknappung der dem RKW zur Verfügung gestellten Reichsmittel (im laufenden Etatsjahre 120 000 RM) konnten nur noch die dringlichsten Arbeiten durchgeführt werden. Außerdem ist nunmehr der Fortbestand des RKW selbst bereits in Frage gestellt.

In übersichtlicher Form vermittelt dann der Bericht einen Einblick in die vom RKW und den ihm nahestehenden Ausschüssen bearbeiteten Aufgaben und in die erzielten Arbeitsergebnisse. In diesen Ergebnissen verkörpert sich ein gut Teil der seit dem deutschen Zusammenbruch geleisteten technisch-organisatorischen Wiederaufbauarbeiten. Es liegt in der Natur der Sache, daß bei dieser Steigerung der Leistungsfähigkeit durch Erfahrungsaustausch und Gemeinschaftsarbeit die technischen Fragen lange Zeit im Vordergrund gestanden haben. Freilich ist Wert darauf gelegt worden, zu einer Leistungssteigerung nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht beizutragen. Alle diese Hilfsmittel, mögen sie auf dem Gebiete der Normen und einheitlichen Lieferbedingungen, auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Fertigung, Verwaltung und Verteilung, des Handwerks, der Hauswirtschaft und der Warmwirtschaft liegen, bilden heute in der Gesamtheit ein wertvolles Instrumentarium, das der Wirtschaft zur Verfügung steht und dessen sie sich bei der Durchführung ihrer Aufgaben bedienen kann.

Dabei kann es sich freilich nicht darum handeln, diese Rationalisierungsmittel wahllos oder ohne Maß und Ziel anzuwenden, vielmehr muß im Einzelfalle eine Prüfung nach kaufmännischen Gesichtspunkten erfolgen. Die Unterlagen für die Durchführung solcher Prüfungen zu beschaffen, ist u. a. Aufgabe der Betriebsstatistik, der Betriebsvergleichs, der Richtzahlen, der Betriebsuntersuchungen und der Haushaltsplanung, über die der Bericht gleichfalls einen Überblick bietet. Diese Arbeiten und ihre Ergebnisse führen uns bereits auf den Boden der kommerziellen Rationalisierung, die einer Verbesserung und Verfeinerung der uns für die Kapitalleitung zur Verfügung stehenden Instrumente gewidmet ist. Es braucht nicht betont zu werden, daß die Anwendung dieser Rationalisierungsmittel sich nicht nur auf die Industrie beschränkt, sondern daß sie z. B. für die Landwirtschaft, für den Handel sowie auch für die öffentliche Verwaltung ebenso sehr von Bedeutung ist.

Von den auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen Rationalisierung durchgeführten Arbeiten seien besonders diejenigen erwähnt, die sich um die Frage „Mensch und Rationalisierung“ gruppieren. Wenn in zunehmendem Maße sich die Erkenntnisse durchsetzen, daß die Rationalisierungsbewegung vom arbeitenden Menschen selbst her ihre Sinngebung und ihre Zielsetzung erhalten muß, so werden die Arbeiten auf den Gebieten der Arbeits- und Berufsauslese, der Berufsausbildung und der Bestgestaltung der Arbeit in arbeitspsychologischer und arbeitsphysiologischer Hinsicht ganz von selbst die ihnen zukommende Bedeutung erlangen. In diesen Fragenkreis gehört vor allem auch eine Klärung der vielumstrittenen Zusammenhänge zwischen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit.

Ohne daß zahlenmäßige Angaben möglich wären, darf auf Grund der verschiedensten Anhaltspunkte gesagt werden, daß die Wirtschaft von den vorgenannten Arbeiten und deren Ergebnissen in steigendem Maße Gebrauch macht. Die Arbeiten der Rationalisierungsstellen haben — nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern Ländern — dazu beigetragen, die Wirtschaft auf ein gehobenes Niveau moderner Betriebsführung und Wirtschaftsgestaltung zu bringen. Es darf ohne Übertreibung gesagt werden, daß Deutschland zu denjenigen Ländern gehört, die auf dem genannten Gebiete vor vielen anderen Ländern einen ge-

wissen Vorsprung haben. Da diese Rationalisierungsbewegung in der ganzen Welt sich nicht einfach abstoppen läßt und da fast überall die Allgemeinheit öffentliche Mittel für die Hebung der Wirtschaftlichkeit zur Verfügung stellt, sollte man es sich auch in Deutschland sehr wohl überlegen, ob man künftig auf den errungenen Vorsprung verzichten will. Gemeinschaftsarbeit und Rationalisierung sind heute bereits weltwirtschaftliche Faktoren geworden, für die Wirtschaft und Allgemeinheit im eigenen Interesse die notwendige ideelle und finanzielle Unterstützung ohne weiteres ausbringen sollten. Die aus dem Jahresbericht erkennbare Leistung des RKW und seiner Mitarbeiter verdient das Interesse aller Wirtschaftskreise, der Behörden und nicht zuletzt derjenigen Stellen, bei welchen die Entscheidung über den Fortbestand des RKW liegt.

Rundschau.

Eine europäische Arbeitsbörse zur Lösung des Arbeitslosenproblems? Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, hat, schreibt der „Correspondant“ vom 25. 6. 31, zwei hauptsächlich Mittel gegen die Weltarbeitslosigkeit empfohlen: 1. Eine internationale Organisation zur Beschaffung von Arbeitsplätzen und 2. die Inangriffnahme großer öffentlicher Arbeiten. Die internationale Organisation zur Beschaffung von Arbeitsplätzen denkt sich M. Thomas in Form einer europäischen Arbeitsbörse, die entweder im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes oder als selbständige Einrichtung ohne Gewinnabsicht zu schaffen wäre. „Was man für den Kauf und Verkauf gewisser Rohstoffe für die Industrie getan hat“, äußerte sich M. Thomas, — „warum sollte man es nicht versuchen für die Unterbringung von arbeitenden Menschen, und um allen unter erträglichen Bedingungen Arbeit und Existenz zu verschaffen. Es würde sich um eine Art europäischer Arbeitsbörse handeln. Neben dem wirtschaftlichen Wert hätte diese Einrichtung auch einen moralischen Wert. Sie würde die Völker Europas daran gewöhnen, die Fragen der Arbeitsbeschaffung als solche zu betrachten, die nicht nur ihrem Land, sondern ganz Europa gestellt sind.“ Auch die Inangriffnahme größerer öffentlicher Arbeiten zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit denkt sich M. Thomas im internationalen Stil. Die verschiedenen europäischen Regierungen sollten sich durch Vermittlung der zuständigen Organe des Völkerbundes über die gemeinsame Ausführung großer öffentlicher Arbeiten internationalen Charakters verständigen. „Don solchen Arbeiten“, meint M. Thomas, „würden nicht nur direkt jene Länder Nutzen ziehen, wo die Arbeiten ausgeführt werden, sondern indirekt und keineswegs unbeträchtlich auch andere Länder, — infolge der substantiellen Verbesserungen, die allen Benutzern der fraglichen Werke und Einrichtungen zugute kämen, und infolge der Aufträge für Werkzeuge und Materialien, bzw. der erhöhten Nachfrage nach Arbeitskräften, die sich als notwendige Folge einstellen würde. Solche Arbeiten würden außerdem einen psychologischen und moralischen Wert darstellen, da sie alle europäischen Länder für Zwecke von europäischer Bedeutung heranzögen.“ Als Beispiele für öffentliche Arbeiten internationalen Charakters, die hier in Frage kämen, nennt M. Thomas die Schaffung eines großen internationalen Straßennetzes, die europäische Ausgestaltung der Schifffahrtsstraßen und die europäische Verteilung der elektrischen Energie.

1 400 000 Beamte in Deutschland. Die Endergebnisse der Reichsfinanzstatistik, die jetzt bekannt werden, geben auch einen Überblick über die Zahl der deutschen Beamten vom 31. März 1927 im Reich, in Ländern und Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern. Bei den Gemeinden unter 2000 Einwohnern sind die Lehrpersonen mitgezählt worden, so daß nur ein äußerst geringer Bruchteil von Beamten nicht erfasst ist und die vorliegende Aufstellung Anspruch auf Vollständigkeit haben dürfte.

Von den Beamten entfallen auf: Reich (ohne Militärpersonen) 94 954 Beamte, Länder (ohne Hansestädte) 334 186 Beamte, Gemeinden 312 735 Beamte, Hansestädte 28 210 Beamte, insgesamt also 770 085 Beamte.

Die Lehrer sind teils bei den Ländern, teils bei den Gemeinden aufgeführt. Zählt man hierzu die Zahl der Beamten bei der Reichsbahn und Reichspost (im Durchschnitt des Jahres 1929), so ergibt sich: Reichsbahn 310 000 Beamte, Reichspost 257 000 Beamte, Personal der Hoheitsverwaltungen 770 085 Beamte, zusammen 1 337 085 Beamte.

Es gibt also rund 1,4 Millionen Beamte in Deutschland. Von

diesen Beamten gehören an: den unteren Gruppen rund 950 000 Beamte, den mittleren Gruppen und Lehrern rund 300 000 Beamte, den höheren Gruppen rund 150 000 Beamte.

Um die Spareinlagen. Politische Hochspannung zusammen mit der katastrophalen Wirtschaftslage hatten diesmal eine ganz außergewöhnliche Gärung hervorgerufen. In dieser Situation mußten die aus finanz- und währungstechnischen Gründen von der Reichsbank getroffenen Maßnahmen besondere Wirkungen auslösen. Geldgeschäfte gebieten in der Regel schon, äußerste Vorsicht walten zu lassen. Die sich damit befassenden Menschen sind meistens übermäßig geschäftig und hellhörig. Noch so unbedeutende Vorgänge lassen aufhorchen. Man fürchtet um die Währung, um die Spareinlagen. Gebrannte Kinder fürchten das Feuer. Deshalb auch in diesen Tagen wie ähnlich schon im Mai 1929 und September-Oktober 1930 mächtige Sturmankläufe auf die verschiedensten Geldinstitute. Die bekannten Vorgänge, wie Kreditkündigungen, Devisenkäufe, Diskonterhöhung, Kredit einschränkung usw. raubten die ruhige Überlegung. „Kapitalflucht“ und „Flucht in den Sparstrumpf“ waren die Folgen. Die sogenannten kleinen Leute unter den Sparern wurden erst recht von der Unruhe gepackt. Ihnen liegen finanz- und währungstechnische Überlegungen weniger nahe. Deshalb nicht nur eiserne Zurückhaltung, sondern nicht selten recht geräuschvolle Abhebungen der Spareinlagen. Man wollte die Gelder in „Sicherheit“ bringen.

Diesmal wurde zu überreichten Abhebungen noch besonderer Anlaß geboten durch die auftretenden einfältigen Gerüchte von der Beschlagnahme eines Teiles der Spareinlagen durch die bedrängte Staatsregierung.

Beruhigende Erklärungen in dieser Situation hatten kaum die erforderliche Wirkung. Immer wieder hatten hervorragende Wirtschaftsführer und Staatsmänner durch sachliche Beleuchtung der Verhältnisse versucht, der Beunruhigung entgegenzuwirken. Sachliche Aufklärung tut allerdings not. Wenn aber Leute den Kopf verloren haben, ist dem Verstande schwer beizukommen. Die Erfahrung müßte Lehrmeister sein. Die zu den verschiedensten Malen in Deutschlands schwerer Notzeit aufgetretenen Befürchtungen und Beklemmungen haben sich also unnütz und sinnlos erwiesen. Es zeigte sich, daß zur Sicherung ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, und daß diese Mittel eingesetzt werden.

Aus diesen reichlichen Erfahrungen müßten nachhaltigste Schlußfolgerungen gezogen werden für die Zukunft. Das Vertrauen dürfte angesichts der vielfach glänzend bestandenen Belastungsproben nie wieder ins Wanken geraten können. Erst recht wird man jetzt baldigst wieder zur alten Treue und Anhänglichkeit zurückkehren und der deutschen Wirtschaft die so notwendigen Betriebsmittel zuführen müssen. Die Arbeitnehmer werden sich dabei ganz besonders der eigenen Sparinstitute erinnern müssen und in der Zukunft mehr und mehr zu ihnen den Weg finden. Unter den Spareinrichtungen der christlichen Arbeitnehmerbewegung nimmt die Deutsche Volksbank eine besondere Stellung ein. Ihr wird man deshalb auch allenthalben die notwendige Aufmerksamkeit schenken müssen.

Die Bedeutung der Bausparkassen. Der Bau von Wohnungen stößt auf immer größere Schwierigkeiten. In der Zeit der besten Baukonjunktur ist die Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe höher als zu jeder anderen Zeit. Es ist zu begrüßen, wenn deshalb nach Mitteln und Wegen gesucht wird, Gelder für den Wohnungsbau zu beschaffen, um dadurch das Baugewerbe zu beleben. Die Bausparkassen, die in den letzten Jahren immer größere Bedeutung erlangten, leisten auf diesem Gebiete recht Erhebliches. Das beweist wieder die neue Zuteilung der Gemeinschaft der Freunde, die vor einigen Tagen erfolgt ist. Es konnten trotz der schwierigen wirtschaftlichen Zeit über 7,5 Millionen Reichsmark an 518 Bausparer bereitgestellt werden. Damit hat allein die Gemeinschaft der Freunde die Gesamtsumme von

178 Millionen Reichsmark an 11 855 Bausparern zur Verfügung gestellt. Das ist fast so viel wie alle anderen bestehenden Bausparkassen zusammen genommen. Damit wird erneut bestätigt, daß man zur Gemeinschaft der Freunde als der größten, ältesten und leistungsfähigsten Bausparkasse Deutschlands volles Vertrauen haben kann.

Zweierlei Maß! Ein Tischlergeselle aus einer Ortschaft des Münsterlandes bezieht, nachdem er in der Erwerbslosenunterstützung ausgereizt ist, Krisenunterstützung. Nachdem er diese einige Wochen bezogen hat, bekommt er Nachricht, daß ihm die Krisenunterstützung wegen Verneinung der Bedürftigkeit nicht mehr gezahlt würde.

Der erwerbslose Tischler legt hiergegen Berufung beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes ein. Auf Arbeitgeberseite sitzt u. a. der Syndikus des Bauernvereins. Der Syndikus des Bauernvereins gibt seine sachmännischen Kenntnisse zum besten und erklärt, daß der Antragsteller aus seiner Bestimmung pro Morgen jährlich 130,— RM Nutzen herausziehen könne. Der gesamte Ertrag von 9 Morgen Landbesitz betrage 1 170,— RM und somit sei die Bedürftigkeit des Antragstellers zu verneinen. Der Antragsteller ist allerdings nicht Mitglied des Bauernvereins. Dort wo der fragliche Syndikus die Interessen seiner Mitglieder auf anderem Gebiete zu vertreten hat, versucht er immer mit Erfolg die Dinge so hinzustellen, daß ein Landwirt mehr als 25,— RM Ertragswert aus einem Morgen Ackerland nicht herauswirtschaften könne.

Die ganze Angelegenheit hat einen interessanten Hintergrund für unsere Steuerbehörde, um auf Grund der Beurteilung des Syndikus und Fachmannes die notwendigen Steuererhebungen bei den Landwirten im Münsterlande durchzuführen, soweit nicht der betreffende Syndikus seine Ansicht ändert oder sich objektiver einstellt.

Ein feiner Plan. Auf der Tagung der Bankiers hat ein ganz Schlauer entdeckt, daß die Kapitalbildung der Sozialversicherungsträger schädlich sei. Diese recht windige Behauptung greift eilends die „Textil-Zeitung“ auf und macht daraus eine farbenreiche Zukunftsbilte: „Wäre es möglich und durchführbar, die Überschüsse und Vermögensreserven der Sozialversicherung der Privatwirtschaft zinslos — gegen entsprechende Sicherheiten — wieder zur Verfügung zu stellen? Zum wenigsten würde hierdurch vielleicht das Kapital- und Kreditbedürfnis der mittleren und kleinen Unternehmen teilweise befriedigt werden können.“

Nein, liebe „Textil-Zeitung“, das ist nicht möglich, und wenn es wirklich möglich wäre, dann wäre es nicht einmal wünschenswert; denn:

1. Die Sozialversicherungsgelder sind aufgesparte Lohn- bzw. Gehaltsteile, die voll und ganz (also einschließlich ihrer Zinserträge) dem Versicherungszweck gehören.

2. Die Sozialversicherung ist nicht so gut gestellt, daß sie auf Zinsen verzichten könnte. Zinsausfälle müßten sehr bald durch viel unangenehmere Beitragserhöhungen wieder hereingeholt werden.

3. Die Sozialversicherungsgelder, die in neuen Industriekrediten festgelegt würden, gingen der Finanzierung des Wohnungsbaues verloren. Was einem Wirtschaftszweig gegeben würde, müßte dem andern genommen werden.

4. An den so sehnlich herbeigewünschten zinslosen Krediten könnte nur eine bevorzugte Gruppe von Betrieben teilhaben. Das wäre nichts weiter als eine neue Art von Subventionswirtschaft, und gegen Subventionen sind, wenn man starke Worte als ernststen Willen gelten lassen darf, doch auch unsere Unternehmer.

Es geht also beim besten Willen nicht, und das hätte sich die „Textil-Zeitung“ bei einigem Nachdenken gleich selber sagen können. Ihr untauglicher Vorschlag wäre dann gar nicht erst geboren worden, und es gäbe eine enttäuschte Hoffnung weniger. Wozu Hoffnungen erwecken, die sich bei näherer Prüfung schnell als trügerisch erweisen! Oder lockte auch hier das Geschäft zu sehr?

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Ablehnung einer Operation durch den Verletzten.

Das Reichsgericht hat am 12. Juli 1930 in dieser wichtigen Frage eine Entscheidung gefällt, die hier auszugsweise wiedergegeben wird:

Man hatte früher erhebliche Zweifel, ob ein Verletzter zur Abwendung weiteren Schadens nach § 254 des BGB. verpflichtet sei, sich überhaupt einer Operation zu unterziehen. Diese allgemeinen

Bedenken sind nach der Entwicklung der medizinischen Wissenschaft immer mehr geschwunden, doch ist stets die Lage des einzelnen Falles von entscheidender Bedeutung. Das RG. (RGZ. Bd. 60, S. 147, Bd. 83 S. 15) hat betont, daß es in erster Linie darauf ankommt, ob die befragten ärztlichen Sachverständigen der Ansicht sind, daß mindestens mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Heilung oder doch eine wesentliche Besserung im Befinden des Verletzten durch die

Operation herbeigeführt werden würde. Andererseits wurde aber auch ausgesprochen, daß dem Verletzten der Vorwurf eines Verschuldens dann nicht zu machen sei, wenn die Ärzte über die Richtigkeit des Eingriffes verschiedener Meinung sind (3. vgl. besonders: Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht 1918, Sp. 153 und RG-Urteil vom 19. 4. 28 — IV 365/27). Der Vorwurf ist auch dann nicht gerechtfertigt, wenn der Verletzte Veranlassung hat, dem von der Operation abrätenden Arzte besonderes Vertrauen entgegenzubringen. Eine solche Sachlage ist hier gegeben. Unter diesen Umständen läßt sich nicht sagen, daß der Kläger lediglich aus Eigensinn oder in rücksichtsloser selbstjüchtiger Ausnutzung der Haftung der Beklagten die Operation abgelehnt habe. Nach Treu und Glauben könnte ihm seine Weigerung nur dann zum Verschulden angerechnet werden, wenn er diese Grenzen überschritten hätte. Das hat er nicht getan. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß die Ansicht von Fachärzten, auch wenn sie übereinstimmend eine Operation für ungefährlich halten, allein maßgeblich sein müßte, selbst wenn der Vertrauensarzt des Verletzten anderer Ansicht ist. Zu der Annahme eines Verschuldens auf seiten des Verletzten gehört die Überzeugung des Gerichts, daß er wirklich ohne jeden stichhaltigen Grund die Operation ablehnt. Das ist schon dann nicht der Fall, wenn sein Vertrauensarzt ihm von der Operation aus Gründen abrät, die nicht völlig unhaltbar erscheinen. So liegen die Dinge hier. Ein Verschulden des Klägers kommt um so weniger in Frage, als er sich in durchaus verständlicher Weise überhaupt vor einer Operation scheut. Er hat nicht nur am linken Beine erhebliche operative Eingriffe über sich ergehen lassen müssen, sondern befindet sich auch, wie er behauptet, in einem auf den Unfall zurückzuführenden psychischen Krankheitszustand. Wenngleich es darauf nicht mehr entscheidend ankommt, so würde doch schon dieser Umstand allein die Scheu des Klägers vor einer neuen Operation, bei der eine Narkose notwendig wäre, so weit erklären, daß man ihm schuldhaftes Ablehnen der Operation nicht zur Last legen könnte.

Die Unfallziffern sinken. Die Berichte für das Jahr 1930 lassen nach den Mitteilungen des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften ein erhebliches Sinken der Unfallzahlen, und zwar der gemeldeten und der erstmalig entschädigten, und damit eine Auswirkung der mit der Reichsunfallverhütungs-Woche (Ruwo) begonnenen Interessierung der Öffentlichkeit erkennen. Die deutschen Berufsgenossenschaften, die im Frühjahr 1929 die Ruwo veranstalteten und seitdem über ihr eigentliches Aufgabengebiet, die gewerblichen Betriebe, hinaus die Presse, die Schulen, Behörden, Verbände und Vereine für ihre „Wahr-Schau-(Unfallverhütungs-)Bewegung“ als eine Sache des ganzen Volkes zu gewinnen trachten, können mit den bisher erzielten Erfolgen schon recht zufrieden sein. Der letzte Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes gibt folgende Zahlen bekannt: Die Zahl der Unfall-Meldungen bei sämtlichen Trägern der Reichsunfallversicherung, in der etwa 27,5 Millionen Deutsche versichert sind, gingen von 1929 zu 1930 um etwa 300 000, nämlich von 1 480 000 auf 1 181 000 zurück. Die entschädigten Unfälle, also solche mit erheblicheren Verletzungen, sanken von 165 900 auf 157 300. Gleichzeitig meldet die Reichsbahn, daß die Gesamtzahl der Unfälle im letzten Betriebsjahr um 1100 gesunken ist, von 3900 auf 2800. Die Unfalltodesfälle von Reisenden verminderten sich von 151 auf 115, von Bahndienstleuten von 427 auf 278. Schließlich berichtet auch das Reichspostzentralamt über die Auswirkung des Kapitals, das in der seit Juli 1929 (nach der Ruwo) gesteigerten Unfallverhütung angelegt worden war, an den Reichspostminister: „Die Gesamtzahl der Unfälle hat sich von 680 im Juli 1929 allmählich bis auf 549 im Januar 1931, d. h. um rund 130, gesenkt. Dies ergibt einen Senkungssatz von fast 20 v. h.“ Selbst wenn man bei diesen Zahlen berücksichtigt, daß infolge der Krise ein Rückgang der Beschäftigung eine geringere Unfallziffer erklärlich erscheinen läßt, ist das Bild erfreulich.

Wochenbeiträge in der Invalidenversicherung. Der Ausweis über die Verteilung der vereinnahmten Wochenbeiträge für die Invalidenversicherung auf die einzelnen Lohnklassen im ersten Vierteljahr 1931 gibt im Vergleich zu der Verteilung der vereinnahmten Wochenbeiträge im letzten Vierteljahr 1930 eine gute Darstellung des erfolgten Lohnabbaues. Die Zahl der vereinnahmten Wochenbeiträge betrug im letzten Vierteljahr 1930 noch 173,4 Millionen; sie ist auf 149,3 Millionen im ersten Vierteljahr 1931 oder um 14 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang der Anzahl der vereinnahmten Beiträge zeigt die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Invalidenversicherung. In den Lohnklassen VI und VII ist aber der Rückgang der Anzahl der vereinnahmten Wochenbeiträge wesentlich größer. Er beträgt in der Lohnklasse VII, in der alle Arbeiter mit über 36 RM Wochenverdienst versichert sind, 28 Prozent und in der Lohnklasse VI für Wochenverdienste von 30 bis 36 RM 15,7 Prozent. Dieser Rückgang hat seine Ursache nicht allein in dem erfolgten Lohnabbau, sondern auch in der verstärkten Einführung der Kurzarbeit. Der Lohnabbau kommt in diesen Zahlen besonders deutlich zum Ausdruck, denn sie zeigen eine Eingruppierung der früher höher versicherten Arbeiter in niedrigere Lohnklassen. Dies wird bestätigt durch den unter dem Durchschnitt liegenden Rückgang der vereinnahmten Wochenbeiträge für die Lohnklassen I bis V. Dabei ist in der Lohnklasse V für einen Lohn zwischen 24 und 30 RM der Rückgang mit 12,5 Prozent noch verhältnismäßig hoch, während er in den Lohnklassen III und IV, d. h. für Wochenlöhne zwischen 12 und 18 oder 18 und 24 RM 3 und 4 Prozent beträgt.

So gibt also die Verteilung der Anzahl der vereinnahmten Wochenbeiträge auf die einzelnen Lohnklassen ein zutreffendes Bild der Einkommensgestaltung der Arbeiter in Deutschland.

Schweigepflicht des Betriebsratsmitgliedes. Aus einer Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts (RB 50/30): Der Arbeitgeber hatte dem Betriebsauschuß über Lage und Gang des Unternehmens im allgemeinen sowie über die Leistungen des Betriebs und den zu erwartenden Arbeitsbedarf berichtet. Ein Mitglied hat sich Aufzeichnungen gemacht, daraus einen Bericht gefertigt und ihn mindestens einem Dritten zur Kenntnis gebracht. Es ist durch das Arbeitsgericht seiner Rechte als Mitglied der Betriebsvertretung verlustig erklärt worden. Seine Rechtsbeschwerde hiergegen wies das Reichsarbeitsgericht zurück. Da aus Wortlaut, Sinn und Zweck des Gesetzes nichts anderes hervorgehe, sei das Mitglied befugt, über die nach § 71 Abs. 1 und 2 des Betriebsrätegesetzes gemachten Mitteilungen Aufzeichnungen zu machen, da es sonst kaum in der Lage sei, sie in sich aufzunehmen. Das gelte auch für ausdrücklich oder erkennbar vertrauliche Mitteilungen. Diese Befugnis berechtige aber nicht, die Aufzeichnungen und Auszüge, soweit sie vertrauliche Angaben beträfen, Dritten zu offenbaren, auch nicht in Gestalt eines Geschäftsberichts. Die Grenze sei in den schutzbedürftigen Belangen des Betriebes gegeben. Die Befugnis dürfe nicht dahin führen, daß Betriebsgeheimnisse preisgegeben oder auch nur gefährdet würden. Eine solche Preisgabe könne besonders auch eine bloße Weitergabe der Aufzeichnungen und Auszüge an Dritte mit sich bringen. Daß sie erweislich nur an eine dritte Person erfolgt sei, stehe der Annahme, daß darin eine „Verbreitung“ im Sinne des Gesetzes liege, nicht entgegen. Die Bekanntgabe an einen größeren Personenkreis sei nicht erforderlich. Es liege eine schwerwiegende Zuwiderhandlung gegen § 71, Abs. 3 und § 100 Abs. 1 des Betriebsrätegesetzes vor. (Dtsch. Jur. Ztg. 1931, S. 573.)

Anzeigenpreis für die vierteljährliche 30 Zeilen, Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Beueler Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.
Der „Solgarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt — Für Nichtmitglieder ist der „Solgarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mf. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen zur Postfachkonto 7718 Köln.

Intarieren jeder Art **Sprechmaschinen-Laufwerke** **Original-Süddeutsche Hobelbänke**
Katalog **zum Selbsteinbau, Ia. Doppelschneckenfederwerk** nur **11,50 Mk.** 200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln zum Reklamepreis per Stück 74.— Mk. ab süddeutscher Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen gratis. Werkzeugkatalog gegen 30 Pfg. Briefmarken. **M. E. WALTHER**, Dresden 23, Rehfelder Straße 53
gegen 0,50 Mark in Briefmarken
Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in großer Auswahl sowie
Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke
zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von
Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 9
E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 711